Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur

Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte

Band: 74 (1994)

Heft: 11

Artikel: Die Macht der Geschichte, Demographie und Geographie : zur sicherheitspolitischen Lage in Osteuropa

Autor: Wolfssohn, Michael

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-165326

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Die Macht der Geschichte, Demographie und Geographie

Zur sicherheitspolitischen Lage in Osteuropa

Eine Lagebeurteilung für Osteuropa muss zunächst zu folgenden Fragen Stellung beziehen: Was ist Osteuropa? Wer ist der Hauptakteur? Was ist vom Hauptakteur zu erwarten? Wie reagieren wir, das heisst der Westen, genauer: die Nato?

Für die Beantwortung der Frage nach der Definition von «Osteuropa» gehen wir von den politischen Grenzen aus. Unter «Osteuropa» verstehen wir im folgenden die ehemalige Sowjetunion und ihren ostmittel- und südosteuropäischen Verbündeten des «Warschauer Paktes».

Hauptakteur ist zweifellos Russland. Man darf aber die Bedeutung und auch das politische Potential (im positiven wie negativen) der übrigen Akteure nicht unterschätzen. Die Region ist ein Pulverfass, und die mögliche Explosion ist keinesfalls eindeutig zu lokalisieren oder einzugrenzen.

Zu wenig werden Polen, Ungarn, die Tschechische Republik, die Slowakei und die baltischen Staaten berücksichtigt – von den zentral- und ostasiatischen Randzonen ganz zu schweigen. Hier wird eine alte und falsche westeuropäische Politik fortgesetzt. Sie sieht die genannten kleineren Staaten eher als Puffer zwischen Russland und dem Westen des Kontinents. Die Funktion dieser Staaten wird mehr beachtet als ihr Schicksal, von ihrem kulturellen Gewicht ganz zu schweigen. Die alt-neue Politik des Glacis macht diese Staaten zum Spielball der Mächte.

Vom Hauptakteur Russland ist nichts Gutes zu erwarten, zumindest nicht viel Gutes, mit Sicherheit Unsicheres. Es scheint derzeit, als würde das Neue zu einer Rückkehr des Alten, wenngleich abgewandelt: Rot oder braun, wie ja auch der «braun-chauvinistische» *Schirinowski* (so wird nicht unglaubwürdig hintertragen) eine Schöpfung des roten KGB sein solle. In bezug auf Demokratie und sicherheitspolitische Partnerschaft sind beide Färbungen nicht ermutigend.

Gewiss, eine sicherheitspolitische, militärische Bedrohung des Westens ist Russland derzeit nicht, selbst wenn Schirinowski Deutschland und Japan mit dem Einsatz der Atomwaffe droht. Aber nicht zu übersehen ist der russische Drang, auch der Drang der Reformer, in der einen oder anderen Form ihre Kontrolle, ihre Herrschaft über das gesamte Gebiet der einstigen UdSSR wiederherzustellen; ausserdem die Kontrolle über die ehemaligen Satelliten im Warschauer Pakt. Dies wäre das Ende der neuen, wirklichen Unabhängigkeit der ostmittel- und südosteuropäischen Staaten. Wenn zudem die russischen Reformer scheitern würden, wäre ein nicht reformorientiertes Russland erheblich näher an den Westen gerückt. Die militärischen Vorwarnzeiten (heute in bezug auf Russland ungefähr ein Jahr, so der deutsche Generalinspekteur *Naumann*) und auch die politischen wären für den Westen kürzer, die Gefahren grösser. Da sich dies zudem in der Zukunft abspielt, hätte ein solches Russland auch mehr Zeit, wieder aufzurüsten. Beim Scheitern der Reformen ist ohnehin die Umstellung der Produktion vom Bereich der Konsumgüter auf den Bereich der Schwerindustrie zu erwarten.

Selbst die Reformer bezeichnen die genannten Staaten sowie die GUS-Mitglieder als «nahes Ausland». Dies ist für eine Grossmacht nicht sensationell. Man denke nur an die *Monroe*-Doktrin der USA, die schon 1823 proklamiert worden ist. Grossmächte halten ihren Vorhof frei.

Dass eine Wiedergewinnung der Kontrolle über diese Staaten ohne Unruhe und Risiken (wohl auch Blutvergiessen) möglich sei, wird niemand erwarten

können. Schon heute zeichnen sich Reibungsflächen deutlich ab. Wie steht es mit dem Abschluss des russischen Truppenrückzugs aus Lettland? Wurden auch die Radaranlagen abgebaut? Wie steht es in der Zukunft um den Fortbestand der unfreiwilligen Verflechtung zwischen Lettland und Russland? An diesen Fragen wird sich jedoch kein grösserer Konflikt entzünden.

Minderheitenproblem

Zündstoff ganz anderer, realerer Art bietet die Problematik der vielen Minderheiten in den diversen Staaten.

In Lettland sind 47 Prozent der Einwohner Russen, in Estland 43 Prozent. Letten und Esten sagen, dies sei historisch ungerecht. Mag sein, aber die Menschen leben dort –, sie werden dort heute diskriminiert. Das kann keine russische Regierung dauerhaft hinnehmen, auch nicht eine Regierung der Reformer – schon gar nicht, wenn es zu Ausschreitungen gegen diese Russen kommen sollte, und Ausschreitungen sind nicht auszuschliessen. Sie liegen historisch und demographisch in der Luft. Jeder Staat hat gegenüber den Angehörigen seines Volkes eine Fürsorgepflicht. Schon deshalb müsste Russland für die Russen im Ausland sorgen; wer sollte und würde es sonst tun?

Vergleichbare Probleme bestehen mit Russen in Moldawien, Kasachstan, der Ukraine, Usbekistan, Weissrussland und so weiter. Das Problembündel ist kaum zu entwirren und der Unsicherheitsfaktor ist gross. Die Demographie ist der Schlüssel zum Verständnis der möglicherweise kommenden Dinge.

Geschichte wird einmal mehr als die in der Gegenwart wirksame Vergangenheit erkannt.

Die Probleme der Demographie hängen mit der räumlichen Nähe der Akteure zusammen, also mit der politischen Geographie; auch der Geographie der anderen Randzonen, die wiederum historisch mit dem Kern verflochten sind, zum Beispiel religiös, christlich-orthodox. Russland als traditionelle Schutzmacht der Orthodoxen auf dem Balkan. Das Szenarium ist eindeutig und schon heute wirksam. Man denke an die russische Vorgehensweise in Bosnien. Sie ist momentan vielleicht hilfreich, aber wäre sie es auch unter veränderten Gegebenheiten in Russland? Die Macht der Geschichte zeigt unsere Fast-Ohnmacht in der Gegenwart. Anders formuliert: Geschichte wird einmal mehr als die in der Gegenwart wirksame Vergangenheit erkannt.

Ähnliche Szenarien sind mit anderen Akteuren darstellbar. Polen hat Probleme mit Litauen, Weissrussland und der Ukraine. Welche Teile dieser Staaten gehören wirklich unumstritten zu einem dieser Staaten? Wie sieht es mit den nationalen und religiösen Minderheiten aus? Eine einzige Gemengenlage. Welche Ansprüche sind «gerecht»? Nur die heute verwirklichten? Wird damit nicht «Unrecht» zementiert? Schafft man durch die Beseitigung früheren Unrechts nicht wieder neues Unrecht? Doch was zählen diese Fragen in der Politik? Jede Seite sieht ihre Ansprüche, und jede Seite hat Ansprüche.

Vierfache Revolution

Seit 1989 erlebt Osteuropa eine vierfache Revolution: eine politische, wirtschaftliche, nationale und zivilisatorische. Die politische besteht im Zusammenbruch des Kommunismus. Die wirtschaftliche hängt mit der politischen zusammen. Sie betrifft den Übergang von der kommunistischen Plan- zur Marktwirtschaft. Ohne funktionierende Institutionen gibt es keine Zivilisation. Selbst die kommunistischen Institutionen, die alles andere als menschenfreundlich waren, fungierten als innenpolitischer Konfliktdämpfer; auch Zwischenstaatlich, denn notfalls hätte die UdSSR als «Ordnungsfaktor» eingreifen können. Die zivilisatorische Revolution beinhaltet den Zerfall funktionierender und damit konfliktdämpfender Institutionen. Einen dialektischen Charakter hatten die Institutionen der kommunistischen Zivilisation: einerseits brutale Unterdrückung, andererseits Dämpfen der innenpolitischen Gegensätze. Seit 1989 sind die Institutionen zerfallen, die dauernd vorhandenen, bis dahin jedoch unter Kontrolle gehaltenen Konflikte sind ausgebrochen, ohne dass eine Institution sie wirksam beenden oder schlichten könnte. Die kommunistische Zivilisation war innen- und blockpolitisch höchst brutal. Ihre begrüssenswerte Auflösung liess aber ein innen- und aussenpolitisches Gewaltpotential frei – ohne die dabei notwendige zivilisatorische Abfederung: Es fehlen funktionierende Institutionen.

Die nationale Revolution stellt die alt-neue Frage an die osteuropäischen Nationen: Wer sind wir? Was sind unsere staatlichen Grenzen? Sind es die heutigen? Sind es frühere? Welche früheren? Wie halten wir es mit unseren Minderheiten? Sind wir ein reiner Nationalstaat? Sind wir eine bi- oder gar multinationale Gesellschaft? Gar eine bi- oder multinationale Gemeinschaft? Ist unsere Gemeinschaft ethnisch definiert? Oder religiös? Oder beides? Allein im scheinbar nur auf sich selbst zusammengeschrumpften Russland leben rund vierzig Prozent Nicht-Russen. Will Polen an das Modell der Piasten anknüpfen, also polnisch-national sein? Will es an

die Tradition der Jagiellonen anknüpfen, die multinational polnisch-litauisch-weissrussisch-ukrainisch war? Kann dabei Polen wieder dominieren? Ist eher an eine Konföderation zu denken? *Gedacht* wird darüber in Polen durchaus, *gesprochen* nicht. Der Grund dafür liegt darin, dass die jagiellonische Variante durch das Polen der Zwischenkriegszeit bei den Nachbarn (sagen wir es vorsichtig) nicht sonderlich beliebt ist. Sie bedeutete polnische Vorherrschaft, nicht Mitherrschaft, also Unterdrückung.

Probleme der Geschichte und der Demographie sind hier also zugleich Fragen an die Gestaltung der Demokratie und der politischen Geographie, nicht nur in den bereits genannten Staaten.

Ähnliches gilt in bezug auf Ungarn. Welches Ungarn soll es sein? Der Vertrag von Trianon, 1919, ist allenfalls vergessen oder verdrängt, aber strukturell präsent, denn er hat die ungarischen Minderheiten in Kroatien, Rumänien und der Slowakei bewirkt. Der Minderheitenstatus der Ungarn ist in diesen Staaten nicht unbedingt gesichert. Wie jeder Staat wird auch der ungarische die Mitglieder seiner Nation schützen müssen, wenn sie verfolgt werden. Dass sie verfolgt werden, ist leider keinesfalls auszuschliessen, und damit werden innerstaatliche Probleme zum zwischen staatlichen Pulverfass.

Das heutige Chaos seit 1991 (Zerfall der UdSSR und Jugoslawiens) erinnert an das Chaos der Jahre seit 1919.

Wer den Balkan auch nur oberflächlich kennt, wird dieses gefährliche Muster sofort auch dort erkennen: Kosovo, Makedonien, Griechenland, Bulgarien –, das sind nur einige Stichworte. Die Liste der osteuropäischen Konfliktherde bleibt auch durch das Hinzufügen Moldawiens unvollständig.

Das heutige Chaos seit 1991 (Zerfall der UdSSR und Jugoslawiens) erinnert an das Chaos der Jahre seit 1919. Man drehe die jeweils letzten beiden Ziffern der Jahreszahlen um, und man erkennt das politische Problemmuster. Das ist keine politisch historische Mystik, das sind harte Tatsachen.

Gewiss zeigen einige Politiker guten Willen: Als der Rat der Aussenminister der GUS-Staaten im März beschloss, die vorhandenen Konflikte friedlich regeln zu wollen, war dies eine begrüssenswerte Absicht. Die Durchführung ist von Anfang an eher unzureichend, denn eine Konvention über den Schutz von sprachlichen, ethnischen und religiösen Minderheiten soll erst später geregelt werden, obwohl hier das Kernproblem liegt.

Wie reagiert der Westen?

Wie reagiert der Westen, die Nato? In einer unklaren Situation bleibt auch ihre Reaktion unklar, und das ist gefährlich. Der *casus belli* oder zumindest die Konfliktschwelle muss deutlich markiert werden. Wenn jeder potentielle Konfliktpartner «Partner für den Frieden» werden kann, ist weniger die Partnerschaft programmiert als der Konflikt, denn die Regelung der bestehenden Konflikte wird ausgeklammert.

Nötig wären Sicherheitsgarantien für diejenigen, deren Sicherheit strukturell gefährdet ist: vor allem Polen, Ungarn, die Tschechische Republik, die Slowakei und die drei baltischen Staaten. (Wir lassen die GUS-Staaten aus, wenngleich ihre Sicherheit keinesfalls gewährleistet ist.) Aus Russland droht Gefahr, erst recht im Falle eines Scheiterns der Reformer. Das Ergebnis des Brüsseler Nato-Gipfels, auf dem ganz Osteuropa «Partnerschaft für den Frieden» angeboten wurde, gleicht zwar nicht der Münchener Konferenz. Beiden gemeinsam ist dennoch das Motto «Appeasement statt Abschreckung». Appeasement zu einer Zeit, in der ein Rückfall in eine (rote oder braune) Diktatur in Russland nicht ausgeschlossen ist. Die neuen Aufsteiger der russischen Politik sind aussenpolitisch alles andere als zurückhaltend und werden durch eine solche Politik ermutigt.

Wir wollen die russischen Reformer durch Garantien (zumindest echte sicherheitspolitische Partnerschaft) für diese Staaten nicht gefährden. Wir sollten sie nach Möglichkeit unterstützen, aber zugleich verdeutlichen, dass Osteuropa und die GUS-Staaten nicht nur «nahes Ausland» Russlands sind, dass ihre unabhängige (!) Staatlichkeit Voraussetzung eines friedlichen Nebeneinanders ist.

Wir brauchen eine neue Variante des Nato-Doppelbeschlusses: Stärkung der Reformer und Sicherheit für den Fall ihres Scheiterns. Das bedeutet für den Westen konkret: Schluss mit der Abrüstung. Das wiederum bedeutet jedoch nicht Aufrüstung, sondern Sicherheit für den Fall des Falles, und er wird weniger wahrscheinlich (auch beim Scheitern der russischen Reformer), wenn eine glaubhafte Abschreckung besteht.

Der Westen, besonders Deutschland (am neuesten Weissbuch der deutschen Bundeswehr erkennbar), bereitet sich besonders auf Einsätze «out of area» vor, weniger auf die Verteidigung der eigenen Region. Das heisst: Die Gefahren «vor der eigenen Haustür» werden unterschätzt – obwohl sie offenkundig sind.

Die sicherheitspolitischen Prämissen der gegenwärtigen Planung beruhen auf der Annahme, die zwischen 1989 und Dezember 1993 galt: dass aus Osteuropa (Russland vor allem) keine Gefahr drohe.

Wer will das seit den Russlandwahlen vom Dezember 1993 wirklich noch behaupten? Aus neuen Prämissen (also politischen Voraussetzungen) müssen neue Schlussfolgerungen gezogen werden. Das ist noch nicht geschehen. Die neue Sicherheitspolitik geht von veralteten Vorgaben aus. Das ist nicht nur seltsam, sondern gefährlich.

Selbst die russischen Reformer geben sich inzwischen weniger kooperativ. Im «nahen Ausland» reagiert man ängstlich und betroffen. Man fürchtet, militärisch einmal mehr getroffen zu werden.

Die baltischen Staaten bitten Deutschland, als ihr «Anwalt» aufzutreten. Die baltischen Aussenminister drangen Anfang März 1994 auf «Bonner Schutz», und *Kinkel «verspricht Hilfe»*, meldete die «FAZ» am 7. März 1994. Sehr glaubwürdig ist sie nicht, denn die «Partnerschaft für den Frieden» ist eher papieren, denn militärisch empfehlenswert. Bonn rüstet konsequent ab und schaut militärisch in fernere Regionen, in denen der Friede gesichert werden soll, wenngleich er in der eigenen Nachbarschaft strukturell alles andere als gesichert ist.

Damals wussten wenige, heute wissen alle. Fernsehend wird weggesehen.

Das sieht auch die deutsche Öffentlichkeit: Dass Russland *«wieder zu einer militärischen Bedrohung für Deutschland werden»* könnte, meinten im Januar 1994 mehr als die Hälfte der Bürger, nämlich 57 Prozent. Aber die Deutschen sind nicht bereit, die Konsequenzen daraus zu ziehen und die Nato-Erweiterung nach Osten zu vollziehen. *«Später»* (im Klartext: wohl eher gar nicht) sagten zur gleichen Zeit 46 Prozent und nur 31 Prozent antworteten: *«Jetzt»*. Wie sollte und könnte man die osteuropäischen Demokratien sichern, wenn man schon den eigenen Nato-Verbündeten nicht helfen will? Hierzu geben die Allensbacher Daten vom Februar 1994 Aufschluss: Den Einsatz der Bundeswehr *«um einem Nato-Partner zu helfen, wenn er angegriffen wird»*, befürworteten nur 51 Prozent der Westdeutschen; in Ostdeutschland waren es noch weniger: 31 Prozent. Grösster Beliebtheit erfreuten sich dagegen Bundeswehreinsätze im in- und ausländischen «Katastrophenfall». Nie war die Bundeswehr so wertvoll wie heute: als technischer Hilfsdient oder medizinischer Nothelfer.

Der persönliche Einsatz für die Bundeswehr ist wenig beliebt: Eine Berufsarmee wollten im Januar 1994 (Allensbach zufolge) 55 Prozent der Deutschen, die allgemeine Wehrpflicht jedoch nur 32 Prozent.

Über den illegalen Export von nuklearem Wissen und «Waren» ist nicht selten zu lesen, über die Konsequenzen wird weniger gesprochen. Dabei gehört die Festnahme von Uranschmugglern aus Osteuropa (besonders der GUS) schon fast zum westlichen Alltag. Dass Nuklearexperten aus der GUS im Iran arbeiten, ist ohnehin ein offenes Geheimnis. Über die aktive und präventive Verhinderung der Weitergabe und des Einsatzes wird unverbindlich diskutiert, doch nicht agiert. (Nur auf das Potential Nord-Koreas wird endlich entschiedener reagiert – von den USA, nicht von Europa, das die globale Verseuchungsgefahr der Atomwaffen zwar immer wieder deklamiert, aber politisch, militärisch keineswegs reagiert.)

Natürlich empört der Völkermord in Vergangenheit und Gegenwart. Aber damals wie heute schaut man weg. Damals wussten wenige, heute wissen alle. Fernsehend wird weggesehen.

Ist das die «Lehre aus der Geschichte»? Bleiben wir realistisch und bescheiden. Zumindest analytisch erkennen wir die Macht der Geschichte, der Demographie und der Geographie. Nicht immer möchte man die Konsequenzen aus der Analyse ziehen. Lieber stecken viele den Kopf in den Sand. ✦

MICHAEL WOLFFSOHN

MICHAEL WOLFFSOHN, geboren 1947 in Tel Aviv, Dr. phil. I, ist Professor für Neuere Geschichte an der Universität der Bundeswehr in Neubiberg bei München. Er veröffentlichte Aufsätze und 19 Bücher, darunter «Wem gehört das heilige Land?» (1992) und «Verwirrtes Deutschland» (1993).

SPLITTER

Für ihn (Milovan Djilas) ist der Nationalismus auch heute noch nichts dem Volk Inhärentes, sondern ein fremder Virus, das Werk städtischer Intellektueller, die ungebildete Leute aufgehetzt und ein erfolgreiches multikulturelles Experiment zu Fall gebracht haben.

MICHAEL IGNATIEFF in: «Reisen in den neuen Nationalismus», aus dem Engl., Insel Verlag, Frankfurt am Main 1994, S. 67